

Taiwan - ein Jahr nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA

Yu Hsi Nieh

1) Außenpolitische Isolation

Am 15. Dezember 1978 kündigte Präsident Carter in einer Fernsehklärung die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Peking und Washington ab 1. Januar 1979 an. Seit diesem Datum ist inzwischen mehr als ein Jahr vergangen. Der "Carter-Coup", der in der Erinnerung der meisten Menschen vermutlich längst verblaßt ist, nagt heute immer noch an der Seele der taiwanesischen Regierung. Für den Vollzug der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Peking mußte Washington die noch von dem verstorbenen chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai formulierten drei Vorbedingungen hinnehmen, d.h. den Abzug des gesamten US-Militärpersonals aus Taiwan, die Aufhebung des Beistandsvertrages sowie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan.

Schon seit Nixons sensationellem China-Besuch im Februar 1972 hatte Washington im Geiste des damals von beiden Seiten unterzeichneten Shanghai-Kommuniqués die militärische Präsenz der USA in Taiwan Schritt für Schritt abgebaut. Dennoch kam Carters Botschaft vom 15. Dezember 1978 über die von ihm beschlossene endgültige Wendung der amerikanischen Chinapolitik immer noch wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die Regierung von Taiwan wurde erst sieben Stunden vor Carters Fernsehklärung durch den US-Botschafter in Taipei über die Entscheidung des Präsidenten informiert. Den 1954 zwischen den USA und Taiwan unterzeichneten Beistandsvertrag hob Präsident Carter allerdings nicht sofort auf, sondern kündigte ihn gemäß der in dem Vertrag vorgesehenen einjährigen Kündigungsfrist zum 31. Dezember 1979. So entstand 1979 zwischen den USA und Taiwan ein seltsames Verhältnis. Einerseits waren die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, andererseits bestand aber noch ein offizieller Bündnisvertrag zwischen den beiden Seiten. Noch absonderlicher war die Regelung über die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan für die Dauer eines Jahres. Erst Anfang 1980, d.h. also, nachdem der Bündnisvertrag offiziell ausgelaufen war, wurden die Waffenlieferungen wieder aufgenommen (1).

Außenpolitisch wie militärisch hat die Guomintang (Kuomintang)-Regierung in den langwierigen Auseinandersetzungen mit den chinesischen Kommunisten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges drei große Niederlagen einstecken müssen. In den Jahren 1948 und 1949 wurde das Rückgrat der Armee Marshall Jiang Jieshis (Chiang Kai-sheks) von der kommunistischen Volksbefreiungsarmee in drei Schlachten zerschlagen, im Gebiet Shenyang (Mukden)-Jinzhou, in Nordostchina, im Gebiet Xuzhou - Bangfu in Mittelchina und im Gebiet Beiping (damaliger Name von Peking) - Tianjin

(Tientsin) in Nordchina. Damit war das Debakel der nationalchinesischen Regierung auf dem chinesischen Festland schon besiegelt. In der diplomatischen Arena konnte die 1949 nach Taiwan geflüchtete Guomintang-Regierung bis 1970 noch die Oberhand behalten. Noch bis Anfang 1970 unterhielt Taiwan mit 68 Staaten diplomatische Beziehungen, Peking dagegen nur mit 48 Staaten. Seit dem Herbst 1970 konnte Taiwan das Abrutschen nicht mehr aufhalten. Heute befindet sich Taiwan am Rand des Abgrundes völliger außenpolitischer Isolation. Die Guomintang-Regierung wird nur noch von 20 Staaten anerkannt, während Peking seine diplomatischen Beziehungen innerhalb weniger Jahre auf 122 Staaten ausgedehnt hat. Unter den fast unmittelbar aufeinanderfolgenden zahlreichen Trennungen waren der Ausschluß aus der UNO 1971, der Abbruch der Beziehungen mit Japan 1972 und vor allem der Abbruch der Beziehungen mit den USA im vorigen Jahr besonders schmerzlich für Taiwan, denn der Ausschluß aus der Weltorganisation löste die Kette der Aberkennungen Taiwans aus; die USA und Japan sind die beiden größten und gleichzeitig wichtigsten Wirtschaftspartner Taiwans. Darüber hinaus war und hängt die Sicherheit der Insel von den USA ab.

Die engen wirtschaftlichen und militärischen Bindungen der Guomintang-Regierung zu den USA geht weit in die Zeit des Zweiten Weltkrieges zurück. Die Amerikaner unterstützten die Chinesen in ihrem Widerstandskampf gegen die Japaner. Nach der Kapitulation Japans stand Washington Jiang Jieshi im Kampf gegen die chinesischen Kommunisten bei. Seit der Flucht der Guomintang-Regierung nach Taiwan ist US-Hilfe in Höhe von rund 4,1 Mrd. US\$ auf die Insel geflossen. Auch nach der Beendigung des Beistandsvertrages kann Taiwan trotz großer Empörung und Enttäuschung auf die amerikanischen Waffenlieferungen nicht verzichten.

Bei der Regelung der neuen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan ist auf beiden Seiten noch viel Staub aufgewirbelt worden. Drei Tage vor dem offiziellen Abbruch der diplomatischen Beziehungen hatte Präsident Carter eine Verhandlungsdelegation unter der Leitung des stellvertretenden Außenministers Warren Christopher nach Taiwan entsandt. Während die Amerikaner nur über neue inoffizielle Beziehungen diskutieren wollten, beharrte die taiwanesischen Seite auf kontinuierlichen Beziehungen auf Regierungsebene (2). Die Realität hat Taiwan jedoch kaum Spielraum mehr gelassen. Einen Monat, nachdem Washington im Januar 1979 das "amerikanische Institut für Taiwan" gegründet hatte, errichtete Taiwan auch seinen "Koordinationsrat für nordamerikanische Angelegenheiten". Beide Organisationen erhalten ihre Etats jeweils von ihren eigenen Regierungen und regeln die sonst

von Botschaften oder Konsulaten erledigten Angelegenheiten. Darüber hinaus sind die führenden Stellen auf beiden Seiten mit Berufsdiplomaten besetzt. Juristisch haben sie jedoch nur privaten Charakter (3).

Bei der Verabschiedung des "Taiwan-Gesetzes" (Taiwan Relations Act) hat der US-Kongreß der Regierungsvorlage zahlreiche Ergänzungen zugunsten Taiwans hinzugefügt. Vor allen Dingen wurde eine Sicherheitsklausel im Gesetz verankert. In Artikel 2 und 3 wird die Hoffnung der USA auf eine friedliche Lösung der Zukunft Taiwans sowie der Vorbehalt von Maßnahmen seitens der USA gegen eine militärische Bedrohung oder wirtschaftliche Sanktionen gegen Taiwan Ausdruck verliehen. Außerdem sieht das Gesetz die Lieferung von Defensivwaffen durch die USA vor (4). Die Taiwan-Lobbyisten, vor allem Senator Barry Goldwater, haben auf juristischem Weg versucht, die Kündigung des Beistandsvertrages von 1954 zu torpedieren. Die Klage, die am 18. Oktober 1979 in der ersten Instanz Erfolg gehabt hatte, scheiterte in der zweiten und dritten Instanz (5). Neben dem Beistandsvertrag hat Washington, um den Abschluß eines Luftfahrtvertrages mit Peking zu ermöglichen, das 1964 mit der Guomindang-Regierung noch in Nanjing (Nanjing) unterzeichnete Luftfahrtabkommen am 14. November 1979 gekündigt. Statt dessen wurde am 16. November 1979 eine inoffizielle Luftfahrtvereinbarung paraphiert (6). Jedoch gibt es immer noch 58 andere offizielle Verträge, die gemäß dem obengenannten Taiwan-Gesetz weiter in Kraft bleiben sollen.

So sind die neuen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan, die zwar im Taiwan-Gesetz als Beziehungen zwischen der Bevölkerung der USA und der Bevölkerung Taiwans bezeichnet wurden, tatsächlich aber auf Beziehungen zwischen zwei Regierungen oder Staaten hinauslaufen, durch eine einseitige Gesetzgebung seitens der USA geregelt. Dieses "besondere Verhältnis" ist aus dem konventionellen Völkerrecht heraus schwer zu erklären.

Eigentlich hat Washington den rechtlichen Status Taiwans sowie des 1949 auf die Insel geflüchteten Guomindang-Regimes immer in Zweifel ziehen wollen, als die diplomatischen Beziehungen zwischen ihnen noch nicht abgebrochen waren. 1949, als die Kommunisten unter Mao Zedong fast das gesamte chinesische Festland unter ihre Kontrolle gebracht hatten, veröffentlichte die US-Regierung ein Weißbuch, um sich von Jiang Jieshi zu distanzieren. Erst nach dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 knüpften die USA wieder engere Beziehungen zur Guomindang-Regierung in Taiwan an. Vor einer geheimen Anhörung im Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats im Zusammenhang mit der Ratifikation des im Dezember 1954 mit Taiwan unterzeichneten Beistandsvertrages erklärte der damalige Außenminister Dulles, daß die Zugehörigkeit Taiwans völkerrechtlich noch nicht bestimmt sei und das Guomindang-Regime nichts anderes sei als eine Exilregierung auf fremdem

Territorium. Die diplomatische Anerkennung dieser Exilregierung durch die USA sowie die Unterzeichnung des Beistandsvertrages zwischen beiden Seiten waren nach Aussagen von Dulles nur einstweilige Maßnahmen im Hinblick auf die Realität. Die Amerikaner wollten nämlich damals Taiwan mit dem Bündnisvertrag vor einem Übergriff der Kommunisten bewahren (7). Im Shanghaier Kommuniqué 1972 und dem gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Washington hat die amerikanische Seite den Standpunkt Chinas anerkannt, "daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist" (8). Doch hat dies die Realitäten des Taiwanproblems nur wenig verändert. Auch die Verlegung der US-Botschaft von Taiwan nach Peking kann Washington nicht viel helfen, einen Ausweg aus dem Dilemma seiner Chinapolitik zu finden. Gegen das oben erwähnte amerikanische Taiwangesetz sowie die Fortsetzung amerikanischer Waffenlieferungen an Taiwan hat Peking schon wieder seinen Unmut geäußert (9).

Der Beistandsvertrag von 1954 zwischen den USA und Taiwan war, wie eben erörtert, eine Folge des kalten Krieges, während die Kündigung des Vertrages sowie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten während der Zeit allgemeiner Entspannung in der Welt erfolgten. Angesichts der Rückkehr der Ost-West-Spannungen infolge des kürzlich vollzogenen Einmarsches der sowjetischen Roten Armee in Afghanistan ist aber eine politische und militärische Wiederannäherung der USA an Taiwan kaum zu erwarten. Denn diesmal stehen Peking und Washington Schulter an Schulter an einer Front, um die Expansion der Sowjetunion einzudämmen. Am 24. Januar dieses Jahres haben die beiden Häuser des US-Kongresses demonstrativ mit großer Mehrheit den chinesisch-amerikanischen Handelsvertrag mit der Meistbegünstigungsklausel ratifiziert. Während des Chinaberuches des amerikanischen Verteidigungsministers Harold Brown im Januar wurde China die Lieferung einer Erdstation der US-Satelliten "Landsat 7" angeboten. Sie kann - abgesehen von ihrer wissenschaftlichen Bedeutung - auch für militärische Zwecke verwendet werden. Wenn die USA auch noch nicht direkt Waffen an China verkaufen, so beschränken sich ihre neuen Waffenlieferungen an Taiwan doch streng auf defensive Waffen. So wurde z.B. Taiwans Ersuchen um Lieferung moderner US-Kampfmaschinen vom Typ F-4-S, F-16-S und F-18-S von Washington zurückgewiesen (10).

Verhandlungen mit Peking, einschließlich humanitärer Erleichterungen wie Post-, Handels-, Verkehrsverbindungen und Besuche von Verwandten, die im letzten Jahr vom chinesischen Festland häufig gefordert wurden, lehnt die Regierung in Taipei nach wie vor ab. Die seit Jahren in der Welt wiederholt auftauchenden Meldungen über heimliche Kontakte zwischen Taiwan und Moskau sowie über die Benutzung des Hafens auf den Pescadores durch die sowjetische Flotte wurden neulich nochmals von Taiwan nachdrück-

lich dementiert. Allerdings hat die Regierung in Taipei am Vorabend der Beendigung des Beistandsvertrages mit den USA im Dezember 1979 den Warenaustausch mit Osteuropa (abgesehen von der Sowjetunion) liberalisiert (11). Ein politischer Durchbruch ist jedoch auch hier nicht zu erwarten. Diese Länder müssen gegenüber Taiwan ihre Beziehungen mit Peking aufs Spiel setzen. Außerdem hält Taiwan immer noch an seiner "Hallstein-Doktrin", d.h. dem Alleinvertretungsanspruch für das ganze China, fest.

II) Wirtschaftsboom und innenpolitische Spannung

Die außenpolitische Isolation hat bislang die Sicherheit und Wirtschaftsentwicklung Taiwans kaum beeinflusst. Auch nach der Auflösung des Beistandsvertrages von 1954 wollen sich die USA, wie oben bereits erwähnt, gemäß dem "Taiwan-Gesetz" weiter um die Sicherheit Taiwans kümmern, und die US-Waffenlieferungen wurden Anfang dieses Jahres wiederaufgenommen. Darüber hinaus hat sich Peking den Amerikanern gegenüber - offenbar als Gegenleistung für die Aufhebung des Beistandsvertrags mit Taiwan - zu einem Gentlemen's Agreement verstanden, das Taiwanproblem friedlich zu lösen, wenn es auch eine Verpflichtung zum Verzicht auf Gewaltanwendung nicht eingehen wollte. Bei seinem Staatsbesuch in Washington zur Einweihung der neuen sino-amerikanischen Beziehungen hat Deng Xiaoping vor den US-Parlamentariern darauf hingewiesen, daß China bereits seit einiger Zeit nicht mehr von einer "Befreiung Taiwans" gesprochen habe. "Sie können sich auf uns verlassen, daß wir keine Gewaltanwendung beabsichtigen", beteuerte er (12). Gleich nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den USA hörte Peking demonstrativ mit der Beschließung Quemoy auf. Außerdem hat es Taiwan wiederholt aufgefördert, Post-, Schiffs-, Luftverkehrs- und Handelsverbindungen anzuknüpfen. Gegenüber amerikanischen bzw. japanischen Abgeordneten hat Deng mehrmals geäußert, daß Taiwan nach einer Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland so lange eine Autonomie mit einem eigenen politischen und wirtschaftlichen System würde beibehalten können, wie die taiwanische Bevölkerung dies wünsche. Außerdem dürfe Taiwan auch weiter eine eigene Armee unterhalten. Die wesentlichen Bedingungen Pekings für eine Wiedervereinigung seien lediglich die Aufgabe der Bezeichnung "Republik China" und die Anerkennung Pekings als Hauptstadt Chinas durch Taiwan (13). All diese Angebote wurden allerdings von Taiwan kurzerhand als Propaganda zurückgewiesen. Die politischen Devisen heißen nach wie vor "Rückeroberung des Festlands" und "Vernichtung des kommunistischen Regimes" (14).

Kurz- und mittelfristig ist mit einer militärischen Aktion Pekings gegen Taiwan auch deswegen kaum zu rechnen, weil die Waffentechnik der chinesischen VBA, insbesondere der Luftwaffe und Marine, einer Überquerung der 160 km breiten Taiwan-Straße noch nicht gewachsen scheint.

Dazu würde ein derartig kostspieliges Unternehmen unvermeidlich Pekings Programm der Vier Modernisierungen sowie seine erst kürzlich aufgenommenen Beziehungen zu den USA beeinträchtigen.

In den ersten Monaten nach dem Carter-Schock wurden mehrere Fälle von Kapitalflucht aus Taiwan entlarvt. Bei einer offiziellen Bank wurden über 10 Mio.US\$ illegal ins Ausland transferiert. Zahlreiche prominente Unternehmer, darunter auch der Sohn des ehemaligen Geheimdienstchefs, Ye Xiangzhi, flüchteten ins Ausland und hinterließen große Schuldenberge in Taiwan (15). Doch hat die psychologische Unruhe bald nachgelassen, und die große Wirtschaftskriminalität wurde durch strenge Maßnahmen unter Kontrolle gebracht. Ganz zuversichtlich zeigten sich die ausländischen Investoren. Im ganzen Jahr wurden Investitionen von Ausländern und Auslandschinesen insgesamt in einer Höhe von 328,8 Mio.US\$ genehmigt. Damit ist nicht nur eine hohe Zuwachsrate von 54% gegenüber 1978, sondern auch ein neuer Rekord überhaupt (16) zu verzeichnen (der vorige Rekord lag bei 248 Mio.US\$ im Jahre 1973, dem Jahr nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Japans zu Taiwan). Im Außenhandel gab es ebenfalls ein Traumergebnis mit einer Jahreszuwachsrate von 30% (nach Abzug der inländischen Großhandelspreissteigerungen immer noch 14-15%). Während der Export mit 16,1 Mrd. um 27% gestiegen ist, kletterte der Import mit 14,7 Mrd.US\$ um 33% nach oben; Aktiva von rund 1,3 Mrd.US\$ (1979 = 1,6 Mrd.US\$) waren zu verzeichnen (17). Die höhere Zuwachsrate bei den Einfuhren und der Rückgang des Exportüberschusses waren nicht auf die außenpolitische Isolation, sondern in erster Linie auf die Ölverteuerung zurückzuführen.

Auch die Gesamtwirtschaft zeigte sich 1979 in einem rosigen Licht, wenn auch die Konjunktur im Vergleich zu 1978 etwas gedämpft wurde. Nach den ersten offiziellen Statistiken belief sich die Jahreszuwachsrate auf 8,03% (1978 = 13,85%), und das Pro-Kopf-Einkommen erreichte 1.720 US\$ (1978 = 1.304 US\$)(18). Voller Zuversicht blickt die Regierung auf die künftige Entwicklung. In dem kürzlich abgeschlossenen Zehnjahresplan (1980 - 1989) ist jährlich eine Durchschnittswachstumsrate von 7,9% vorgesehen. Danach soll 1989 das Sozialprodukt das 2,14fache des Jahres 1979 betragen, und das Pro-Kopf-Einkommen soll nach Schätzungen am Ende des Zehnjahresplanes bei über 6.000 US\$ liegen (19).

Kritisch ist aber die innenpolitische Lage. Mit ihrem Anspruch auf legitime Vertretung für Gesamtchina befindet sich die Guomindang-Regierung hier wie bei der Außenpolitik in einem großen Dilemma. Über 30 Jahre seit dem Rückzug der Guomindang-Regierung tagt in Taiwan immer noch das Parlament, das 1947/48 in Nanking gewählt worden war. Lediglich ein kleiner Teil der Abgeordneten wurde 1969 und 1972 durch Ergänzung- und Zusatzwahlen gewählt. Sonst hat

man nur die Abgeordneten von der Provinzebene abwärts sowie die Kommunalämter regelmäßig durch allgemeine Wahlen erneuert. So entsteht die heikle Situation, daß fast alle führenden Positionen in der Zentralregierung noch immer von ehemaligen Festlandsbewohnern besetzt sind, obwohl diese nur einen Anteil von rund 15-20% an der Gesamtbevölkerung haben. Die einheimischen Taiwaner sind praktisch von allen wichtigen politischen Entscheidungen ausgeschlossen.

Häufig kritisiert wird auch das seit über 30 Jahren bestehende Notstandsgesetz. Zwar wird das alltägliche Leben des einzelnen dadurch wenig beeinflusst, doch werden die politischen Freiheitsrechte stark eingeengt. Kritische Meinungen werden nicht geduldet, und es ist des öfteren vorgekommen, daß Dissidenten vom Militärgericht willkürlich als Rebellen oder kommunistische Agenten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden (20).

Wegen der Furcht vor einer Kursveränderung der Chinapolitik der USA und besonders unter dem Druck der die Menschenrechte betonenden Außenpolitik Präsident Carters hat es in den letzten Jahren in Taiwan jedoch auch einen kurzlebigen politischen Frühling gegeben. Mehr einheimische Guomintang-Politiker wurden in die Regierung berufen. Auffallend war, daß die nicht der Guomintang angehörenden Kandidaten in den Wahlen auf lokaler Ebene im November 1977, deren Fairness bisher ohne Beispiel geblieben ist, zum ersten Mal einen Stimmenanteil von 20% erlangen konnten (21). Gelegentlich wurden Oppositionellen sogar Versammlungen und Auslandsreisen gestattet.

Unmittelbar nach Carters Erklärung, daß er ein Junktim zwischen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan sähe, kam die innenpolitische Liberalisierung in Taiwan zum Stillstand. Die Kontrollen nach dem Notstandsgesetz wurden verschärft. Eine der Maßnahmen war die Verschiebung der ursprünglich für den 23.12.1978 geplanten ergänzenden und zusätzlichen Wahlen zum Parlament auf unbestimmte Zeit. Die äußere Begründung der Regierung war, daß man Angriffe und Infiltration seitens der chinesischen Kommunisten abwehren müsse. Tatsächlich befürchtete die Regierung einen weiteren Sieg der parteilosen Oppositionellen, falls die geplanten Wahlen fristgerecht abgehalten würden.

Zwischen der Regierung und den oppositionellen Politikern kam es im Rahmen der Liberalisierung zu einem regelrechten Katz- und Maus-Spiel. Die Dissidenten bemühten sich, bei ihrer Bewegung möglichst die politischen Grenzen nicht zu überschreiten. So vermieden sie es, politische Tabus, wie z.B. das Thema der Unabhängigkeit Taiwans oder der Kritik an Präsident Jiang Jingguo, zu verletzen und beschränkten sich darauf, das zu kritisieren, was die Regierung versprochen oder propagiert, aber nicht in die

Tat umgesetzt hatte, wie z.B. Demokratie und Menschenrechte. Um der Regierung keinen Vorwand für den Vorwurf eines Verstoßes gegen das Notstandsgesetz zu liefern, benutzten sie meist private Anlässe, wie z.B. Geburtstage oder andere Familienfeiern, für ihre politischen Zusammentreffen. Sie verstanden es auch, auf verschiedenen Wegen Sympathien im Ausland, zumal in den USA, zu gewinnen, um damit die Regierung unter Druck zu setzen. Dagegen verwandte die Regierung die Doppelstrategie, die Zügel mal kurz zu halten, mal wieder zu lockern, um damit die führenden und radikalen Oppositionellen nacheinander auszuschalten, ohne dabei die Spannungen zu sehr zu steigern.

Der Nervenkrieg zwischen beiden Seiten erreichte seinen Höhepunkt im vergangenen Jahr. Während die Regierung aus Anlaß des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit den USA durch Präsident Carter beschloß, die politischen Freiheiten noch stärker einzuschränken, hielten die Oppositionellen aus dem gleichen Grunde eine politische Reform für noch dringlicher. Bereits im Wahlkampf für die geplanten Wahlen im Dezember 1978 bildeten sie, um ihre Position zu stärken, eine Koalition. Nachdem man die Wahlveranstaltungen abgeblasen hatte, verdichteten sich die Gerüchte, daß die Oppositionellen eine förmliche Gegenpartei zur Guomintang gründen wollten. Ein Vorbereitungstreffen sollte am 1.2.1979 stattfinden, doch wurde Yu Dengfa (77), der als unbequemer Widersacher der Guomintang galt und für die Einberufung des geplanten Treffens verantwortlich war, am 21.1.1979 verhaftet. Am 16. April verurteilte das Militärgericht des Garnisonshauptquartiers ihn zu 8 Jahren Zuchthaus. Er wurde beschuldigt, eine Meldung der japanischen Zeitung "Asahi Shimbun" über die Reden von zwei kommunistischen Führern, Ye Jianying und Huang Hua, bezüglich eines Friedensangebotes an Taiwan photokopiert und sie anderen gezeigt oder davon erzählt zu haben. Außerdem hatte er einen merkwürdigen Rebellen namens Wu Chunfa kennengelernt, der vorher kaum bekannt gewesen war und nur mit einigen Dutzend Gleichgesinnter in der Hafenstadt Gaoxiong einen Aufstand für die Unabhängigkeit Taiwans hatte führen wollen, ohne diesen bei den Sicherheitsbehörden anzuzeigen. Unter ähnlichen Beschuldigungen hatte Lei Zhen (1899-1979), der früher ein enger Mitarbeiter Jiang Jieshis (Chiang Kai-sheks) gewesen war und dann eine Oppositionspartei für die demokratische Bewegung in Taiwan gründen wollte, 1960 eine Freiheitsstrafe von 10 Jahren bekommen (22).

Am Tag nach der Festnahme Yus, dem 22.2.1979, veranstalteten über zwanzig Dissidenten eine spontane Protestdemonstration am Wohnort der Familie Yu. Es war die erste politische Demonstration ohne behördliche Genehmigung seit der Verkündung des Notstandsgesetzes 1949 in Taiwan. Erst vier Monate danach, am 29. Juni, wurde ein anderer führender Oppositioneller, Xu Xinliang, wegen seiner Beteiligung an der erwähnten Demonstration seines Amtes als Kreisleiter

von Taoyuan für zwei Jahre enthoben. Gleichzeitig genehmigte die Regierung nach einer Sperrfrist von einem Jahr das Erscheinen zahlreicher neuer kritischer Zeitschriften sowie die Ausreise mehrerer aktiver Dissidenten ins Ausland, wenn es andererseits auch neue Verbote von Zeitschriften und Büchern sowie Verhaftungen von nicht sehr bekannten Regierungsgegnern gab (23).

Im Herbst des vorigen Jahres konnte man der Presse Anzeichen einer Versöhnung zwischen der Regierungspartei und der Opposition entnehmen. Es wurde von "politischer Kanalisation" (Zhengzhi Goutung) gesprochen. Durch die Vermittlung eines parteiunabhängigen alten Prominenten, Wu Sanlian, haben führende Funktionäre der Guomindang mehrmals mit oppositionellen Politikern gesprochen. An der Einweihungsfeier für eine neue Zeitschrift der Dissidenten, "Meilidao" (Formosa oder schöne Insel), am 8. September nahmen der stellvertretende Generalsekretär des ZK der Guomindang und andere Parteifunktionäre teil. Diese ersten Anzeichen eines Burgfriedens erloschen aber bald wieder, nachdem die Zeitschrift innerhalb von zwei bis drei Monaten eine Auflage von fast 100.000 erreicht und in den meisten Großstädten hintereinander Filialen errichtet hatte.

Die Regierung mußte sich von einem zu großen Einfluß der Zeitschrift fürchten, vor allem, weil darin fast alle Dissidenten als Mitarbeiter tätig waren, der Mitarbeiterstab wie eine Partei fungierte. Andererseits hegten die Dissidenten den Verdacht, daß die Regierung hinter den Rechtsradikalen stehe, die mehrmals mit Gewalt die Büros der "Meilidao" beschädigt bzw. das Zusammentreffen von Oppositionellen gestört hatten.

Schließlich kam es am 10. Dezember 1979 in der Hafenstadt Gaoxiong zu einer Machtprobe zwischen beiden Seiten. Die Zeitschrift "Meilidao" veranstaltete an jenem Tag anläßlich des Internationalen Tages der Menschenrechte eine Kundgebung in der Hafenstadt Gaoxiong. Die Regierung, die den Antrag auf Abhaltung der Kundgebung vorher abgelehnt hatte, führte am gleichen Tag und am gleichen Ort ein Sicherheitsmanöver durch. Allerdings trugen die Sicherheitstruppen, die zur Unterdrückung der Demonstration eingesetzt wurden, keine Waffen. Oberdies hieß es, sie seien angewiesen worden, sich zurückzuhalten, auch wenn sie von den Demonstranten attackiert würden. Dagegen behaupteten die Oppositionellen, die Polizisten und Soldaten hätten gegen die Demonstranten Tränengas eingesetzt. Mit Stöcken und Fackeln griffen die Demonstranten das Sicherheitspersonal an. Nach Angaben der Regierung wurden 180 Beamte verletzt; in der Presse wurden Photos von zwei Schwerverletzten gezeigt. Über die Zahl der verletzten Demonstranten wurde nichts gemeldet. Man weiß nur, daß zwei Oppositionelle einen Tag vor der Kundgebung von der Polizei auf der Straße festgenommen worden waren, weil sie Vorbereitungen für die Kundgebung getroffen hätten.

Sie haben die Polizisten wegen Folterungen bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Nachdem sie nach den Unruhen nochmals festgenommen worden waren, wurde die Anzeige von der Staatsanwaltschaft auch zurückgewiesen (24).

Insgesamt wurden nach Angabe des taiwanesischen Garnisonshauptquartiers vom 1. Februar 152 Leute wegen Verdachts der Beteiligung an der Unruhe in Gaoxiong festgenommen, 87 von ihnen wurden gegen Kautions- oder Bürgschaft freigelassen (25). Am 20. Februar gab das Garnisonshauptquartier weiter bekannt, daß acht der Verhafteten, alle führende Mitglieder der Zeitschrift "Meilidao", wegen Gewaltanwendung zum Sturz der Regierung vor dem Militärgericht angeklagt werden sollte. 37 andere wurden von dem Verdacht eines Umsturzes freigesprochen und zur Untersuchung anderer Vergehen an zivile Rechtsorgane übergeben. In der Anklageschrift wurde ferner die Zeitschrift "Meilidao" bezichtigt, ein Zentrum für Versuche zum Umsturz der Regierung zu sein (26). Allerdings hat man nach den Unruhen von Gaoxiong außer "Meilidao" auch noch andere regierungskritische Zeitschriften wie "Bashi Niandai" (Die 80er Jahre) und "Chunfeng" (Frühlingsbrise) verboten (27).

In der Vergangenheit hat es schon häufig vor und nach den Wahlen Verhaftungen von Oppositionellen gegeben. Gleich nach der Festnahme der Mitglieder der "Meilidao" wurde in Taiwan bekanntgegeben, daß die verschobenen Ergänzungs- und Zusatzwahlen zum Parlament noch in diesem Jahr stattfinden sollen (28). Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die Regierung die Unruhen von Gaoxiong benutzen will, um unliebsame Gegner zu unterdrücken. Doch mit der totalen Niederlage der demokratischen Bewegung ist eine Radikalisierung der innenpolitischen Lage in Taiwan zu erwarten. Die in den USA weilenden gemäßigten Oppositionellen von Taiwan haben sich unmittelbar nach der neuen Verhaftungswelle mit den radikalen revolutionären Gruppen der Unabhängigkeitsbewegung von Taiwan zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen. Die taiwanesischen Verbindungsbüros in den USA wurden mehrmals durch Bomben beschädigt (29).

Anmerkungen:

1) Dazu s. ausführlich Yu-Hsi Nieh, "Quo vadis, Taiwan? - Zur Wendung in der Chinapolitik Washingtons", C.a., Jan. 1979, S. 879ff.

2) ZYRB, 29.-30.12.1979

3) Dazu s. C.a., Jan. 1979, S. 26, 082; Feb. 1979, S. 97, 063

4) Text des Gesetzes in chinesischer Übersetzung s. in ZYRB, 28.3.1979; vgl. C.a., März 1979, S. 188f, 047

5) Dazu s. ausführlich C.a., Dez. 1979, S. 1290, 060

6) Ebenda

7) Zitiert nach Shen Lüxun, "You Dangnian Dulles Mimi Zhengci Kan Zhongmei Fangyu Tiaoyue" (von Dulles' damaliger geheimer Aussage aus dem sino (Taiwan)-amerikanischen Beistandsvertrag zu betrachten), LHB, 21.12.79.

Die geheime Aussage wurde im April 1979 vom US-Senat veröffentlicht.

- 8) Deutsche Übersetzung des Textes des Gemeinsamen Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA s. C.a., Jan.1979, S.854f, 0.6
- 9) RMRB, 24.3.79; XNA, 3.1.80
- 10) ZYRB, 5.1.80
- 11) C.a., Nov.79, S.1216, 079
- 12) DGB 1.2.79
- 13) C.a., Jan.79, S.26f, 083
- 14) Vgl. ebenda
- 15) C.a., Mai 79, S.565, 069
- 16) ZYRB, 2.1.80; C.a., Jan.80, 057
- 17) LHB, 27.12.79; C.a., Jan.80, S.35, 056
- 18) ZYRB, u. LHB, 28.12.79; C.a., Jan 80, S.37, 062
- 19) ZYRB, 7.3.80
- 20) S. hierzu Yu-Hsi Nieh, "Die Opposition in Taiwan", C.a., April 1979, S.483ff
- 21) S. dazu Yu-Hsi Nieh, "Die Wahlen in Taiwan", C.a., Feb.78, S.64ff
- 22) S. ausführlich dazu Anm.20
- 23) S. C.a., Mai 79, S.566, 072; Juni 79, S.653, 056; Juli 79, S.768, 053; Aug.79, S.898, 045
- 24) S. C.a., Dez. 79, S.1292, 067; ZYRB, 10.1.80
- 25) ZYRB, 2.2.80
- 26) ZYRB, 21.2.80
- 27) LHB, 21.12.79
- 28) LHB, 21.12.79 u. 28.1.80
- 29) ZYRB, 16., 18., 19., 22.-24.12.79